

# **Strukturelle und kulturelle Grundlagen des Politischen in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert**

**Joachim von Puttkamer**

## **SUMMARY**

### **Joachim von Puttkamer: Structural and Cultural Foundations of the Political Sphere in East Central Europe in the 20th Century**

The cultural turn in political history challenges established notions of East Central Europe. Yet, a survey of recent studies shows that the concept of East Central Europe is still provides valid insights into specific traits of the regions within a European context. The article explores the national connotations of statehood since the late nineteenth century. It argues that not so much unsolved minority problems, but rather the need to develop coherent ideas of a national state and a national territory within the majority populations posed the most serious problems in establishing the new political order after 1918. The answer was to link national statehood to far-reaching reform projects. The communist regimes took a similar approach in propagating socialist utopia within a national framework. Even today, discourses of national statehood, liberty and civil society reflect specific traditions of the historical experience of East Central Europe.

Wer nach den strukturellen Grundlagen des Politischen in Ostmitteleuropa fragt, begibt sich leicht auf ausgetretene Pfade. In europäischer Perspektive gilt es längst als ausgemacht, dass dem demokratischen Nationalstaat hier wesentliche Voraussetzungen fehlten. In der deutschen Geschichtsschreibung wirkt bis heute Werner Conzes tief in der Ostforschung verankerter Befund nach, in Ostmitteleuropa habe es an einem starken

Bürgertum gefehlt.<sup>1</sup> Jüngere Forschungen zur Teilhabe des östlichen Europas an der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen haben diesen Befund erheblich gemildert, aber nicht grundsätzlich entkräftet.<sup>2</sup> Andere Zugänge zielen auf schwache und ungleichmäßige Traditionen parlamentarischer Arbeit, instabile Parteiensysteme, ein hohes Maß an konflikträchtiger nationaler Mobilisierung mit entsprechendem Gewaltpotenzial sowie nicht zuletzt die prekäre außenpolitische Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion als wesentliche Faktoren dafür, dass sich demokratische Strukturen in der Zwischenkriegszeit nicht dauerhaft etablieren konnten und dass der zweite Anlauf zur Demokratie nach 1945 rasch in die kommunistische Machtübernahme mündete.<sup>3</sup> Selbst die so oft als strahlende Ausnahme bemühte Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit hat angesichts ihrer Tendenz zur außerparlamentarischen Proportionalisierung politischer Macht an Glanz verloren.<sup>4</sup> In älteren wie jüngeren Gesamtdarstellungen der europäischen Geschichte wird das östliche Mitteleuropa folglich nahezu durchweg als krisengeschüttelte, rückständige Peripherie beschrieben, in der die Demokratie nicht recht Fuß fassen konnte.<sup>5</sup> In zugespitzter Form haben zuletzt Mark Mazower oder Gunther Mai die Krisenhaftigkeit der Demokratie in der Zwischenkriegszeit als gesamteuropäisches Phänomen beschrieben, das sich in Ostmitteleuropa geradezu paradigmatisch beobachten lasse.<sup>6</sup> Grundsätzliche Kritik an einem derart normativen Blick, der Ostmitteleuropa vor allem als defizitäre Region erscheinen lässt, hat unter anderem Michael G. Müller geübt. Dabei zielt sein Versuch, das östliche Mitteleuropa aus seinen spezifischen Eigenheiten heraus zu begreifen, für das 20. Jahrhundert vorrangig auf spezifische Formen der Elitenbildung oder die Vielfalt ethnischer Kontakte und neigt somit dazu, den Blick weg von Fragen des Politischen und hin zu gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklungslinien zu lenken.<sup>7</sup>

- 1 W. Conze, Die Strukturkrise des östlichen Mitteleuropas vor und nach 1919, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 319-338; G. Aly, Rückwärtsgewandte Propheten. Willige Historiker – Bemerkung in eigener Sache, in: Ders., Macht-Geist-Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153-183.
- 2 J. Kien Die Tradition der tschechischen Demokratie, in: Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen, hrsg. von M. Hildermeier, J. Kocka und Ch. Conrad, Frankfurt a. M. 2000, S. 179-202; Die Praxis der Zivilgesellschaft. Akteure, Handeln und Strukturen im internationalen Vergleich, hrsg. von A. Bauerkämper, Frankfurt a. M. 2003; S. -L. Hoffmann, Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750-1914, Göttingen 2003 (Synthesen. Probleme europäischer Geschichte 1); U. von Hirschhausen, Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860-1914, Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 172), S. 381-382. Siehe auch Ph. Ther, In der Mitte der Gesellschaft. Operntheater in Zentraleuropa 1815-1914, Wien / München 2006 (Die Gesellschaft der Oper).
- 3 Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919-1944, hrsg. von E. Oberländer, Paderborn u. a. 2001; Die Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen, hrsg. von H.-E. Volkmann, Marburg 1967.
- 4 P. Heumos, Konfliktregelung und soziale Integration. Zur Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in: Bohemia 30 (1989), 52-70; E. Schmidt-Hartmann, Demokraten in der Sackgasse. Das Bild der kommunistischen Machtübernahme in den Memoiren besiegtter tschechischer Politiker, in: Kommunismus und Osteuropa. Konzepte, Perspektiven und Interpretationen im Wandel, hrsg. von E. Schmidt-Hartmann, München 1994, S. 203-220.
- 5 H. Altrichter / W. L. Bernecker, Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, Stuttgart 2004; R. Bideleux / I. Jeffries, A History of Eastern Europe. Crisis and Change, 2. Aufl. London / New York, 2006.
- 6 M. Mazower, Der dunkle Kontinent. Europa im 20. Jahrhundert, Berlin 2000; Gunther Mai, Europa 1918-1939. Mentalitäten, Lebensweisen, Politik zwischen den Weltkriegen, Stuttgart / Berlin / Köln 2001.
- 7 M. G. Müller, Adel und Elitenwandel in Ostmitteleuropa. Fragen an die polnische Adelsgeschichte im ausge-

In eine andere Richtung zielt die Kritik von Tatjana Tönsmeier, die angesichts der perspektivischen Blockaden eines starren Vergleichs politischer Systeme dafür plädiert hat, diesen aufzugeben und sich vielmehr am Ansatz der Kulturgeschichte des Politischen zu orientieren. Wenn beispielsweise die demokratischen Reformen der frühen 1920er Jahre als Versuch begriffen würden, eine nationale Verpflichtung gegenüber den Veteranen des Ersten Weltkriegs einzulösen, also als Strategien symbolischer Bewältigung von Kriegserfahrungen, dann eröffneten sich Perspektiven der Einordnung Ostmitteleuropas in größere Entwicklungslinien der europäischen Geschichte. Statt einen eindimensionalen Katalog demokratischer Merkmale des jeweiligen politischen Systems abzuarbeiten, geriete auf diese Weise nicht zuletzt auch die stabilisierende Wirkung institutioneller Sozialpolitik auf die Geschlechterverhältnisse stärker in den Blick – auch dies nach heutigem Kenntnisstand ein gesamteuropäisches Phänomen. Anders als der Vergleich politischer Systeme, so Tönsmeier, könne eine Kulturgeschichte des Politischen also gemeinsame europäische Problemlagen aufzeigen und zugleich deren spezifische Bearbeitung in einzelnen Ländern Europas in den Blick rücken.<sup>8</sup>

Hier zeichnet sich eine elegante Balance zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen in der Geschichte europäischer Gesellschaften im 20. Jahrhundert ab. Wenn über den Vergleich zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei, zwischen Schweden und Spanien oder auch Polen die Einheit einer Geschichtsregion „Ostmitteleuropa“ zu verschwimmen beginnt oder gar ganz verloren gehen sollte, dann wäre das zunächst auch nicht weiter tragisch. Denn es liegt ganz in der Logik einer konstruktivistischen Kulturwissenschaft, essentialistische Setzungen wie Staat, Nation oder eben auch Ostmitteleuropa als wandelbare, symbolisch konstituierte Bedeutungssysteme erkennbar werden zu lassen, denn nur so werden diese einem historischen Zugriff überhaupt erst zugänglich.<sup>9</sup> Wie sehr Ostmitteleuropa in weiten Teilen des Faches inzwischen als derart diskursiv konstruierter Wahrnehmungsraum verstanden wird, der allenfalls noch als pragmatische Konvention brauchbar ist, hat zuletzt die einschlägige Debatte auf H-Soz-Kult gezeigt.<sup>10</sup> Auch die Versuche von Moritz Csáky, Wolfgang Schmale und Michael G. Müller, europäische Geschichtsregionen nicht primär über soziostrukturelle Merkmale, sondern über Kommunikationsstrukturen zu erschließen, haben Ostmitteleuropa rasch verschwinden lassen. Folgerichtig hat Wolfgang Schmale schon vor drei Jahren den Begriff Ostmitteleuropa für entbehrlich erklärt. Denn zu einem Verständnis kommunikativen

henden 18. und 19. Jahrhundert, in: Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung 50 (2001), 497-513; Ders., Elitenkonzepte des polnischen Adels im 19. Jahrhundert, in: Adel und Moderne. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Eckart Conze und Monika Wienfort, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 87-105.

8 T. Tönsmeier, Diktaturenvergleich und Zivilgesellschaft – Die Analyse politischer Systeme aus dem Blickwinkel der Osteuropäischen Geschichte. Vortragsmanuskript, Göttingen 24. Februar 2006.

9 Zum Konzept der Kulturgeschichte des Politischen siehe: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Hrsg. von B. Stollberg-Rilinger, Berlin 2005 (Zeitschrift für Historische Forschung, Beiheft 35); T. Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 574-606.

10 Forum „Zur Europäizität des östlichen Europas“: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/forum/2006>.

Grundlagen Europas könne er nicht nur nichts beitragen, er behindere dieses geradezu.<sup>11</sup> Aus einer Kulturgeschichte des Politischen erwachsen also nicht nur Chancen für eine europäische Perspektive auf das östliche Mitteleuropa. Sie fordert zugleich das Konzept „Ostmitteleuropa“ selbst heraus.

Die folgenden Ausführungen sollen skizzieren, wie sich diese Herausforderung annehmen lässt. Anhand einer knappen Übersicht einschlägiger jüngerer Studien soll deutlich gemacht werden, warum eine Kulturgeschichte des Politischen nicht notwendigerweise die strukturellen Zusammenhänge Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert bis zur Unkenntlichkeit verschwinden lässt. Dabei geht es allerdings nicht darum, die anhaltende Suche nach Strukturräumen fortzusetzen und den vielen bereits vorliegenden Definitionen Ostmitteleuropas noch eine weitere hinzuzufügen. Ohnehin leidet das Konzept der Geschichtsregion oder des historischen Strukturraums grundsätzlich darunter, dass die gängigen Definitionsversuche nahezu durchweg auf mittel- und langfristig stabilen Merkmalen und Merkmalsclustern aufbauen und daraus ein mehr oder weniger geschlossenes, auf jeden Fall aber in sich konsistentes Raumkonzept entwickeln. Hier soll hingegen nicht die Frage interessieren, ob ein übergreifendes Strukturproblem einen Raum oder eine Geschichtsregion Ostmitteleuropa konstituiert. Im Mittelpunkt des Interesses stehen vielmehr die Strukturprobleme selbst. Diese sind schnell benannt und in einem gesamteuropäischen Vergleichszusammenhang auch nicht sonderlich originell. Zum ersten sah sich jegliche Politik in Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert vor das Problem der Integration ethnischer Vielfalt gestellt. Zweitens wurde Politik hier in vielfältiger Hinsicht vom schwierigen Übergang von frühneuzeitlichen Adelsgesellschaften zu den städtisch geprägten Industriegesellschaften des späten 20. Jahrhunderts geprägt. Und drittens war die umfassende Verankerung nationaler Staatlichkeit mit dem Ende des Ersten Weltkrieges in ihren wesentlichen Linien zwar vorgezeichnet, aber mitnichten ein Selbstläufer. Was an jüngeren, kulturwissenschaftlich orientierten Arbeiten vorliegt relativiert diese geradezu klassischen Strukturprobleme der Region keineswegs. Die Aufschlüsselung gedachter politischer Ordnungen ermöglicht vielmehr ein tieferes Verständnis dieser Probleme wie der Ansätze zu ihrer Bewältigung.

Nationale Konflikte bildeten eine strukturelle Grundvoraussetzung ostmitteleuropäischer Politik zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Bis in die 1990er Jahre hat die Forschung die ethnische Zugehörigkeit breiterer Bevölkerungsschichten als vorgegeben betrachtet und Nationalitätenkonflikte als fortschreitenden Prozess sozialer und nationaler Emanzipation von Polen, Tschechen und Ungarn oder Ukrainern, Slowaken und Slowenen beschrieben.<sup>12</sup> Ein inzwischen weitgehend unstrittiges Ergebnis kulturwissenschaftlicher Studien besteht in der Einsicht, dass eine solche Deutung zu kurz greift. Vielmehr ging es um 1900 darum, die Nation in breiten Bevölkerungsschichten als zentrale politische

11 W. Schmale, Die Europäizität Ostmitteleuropas, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte 4 (2003), S. 189-214.

12 Die Habsburgermonarchie 1848–1918, Bd. III: Die Völker des Reiches, hrsg. von A. Wandruszka und P. Urbanitsch, Wien 1980; Kleine Völker in der Geschichte Osteuropas, hrsg. von M. Alexander, F. Kämpfer und A. Kappeler, Stuttgart 1991.

Deutungskategorie zu etablieren und innerhalb bestehender staatlicher Strukturen als denjenigen Handlungsraum zu definieren, „in dem es um die Herstellung und Durchführung kollektiv verbindlicher Entscheidungen geht“, um Barbara Stollberg-Rilingers Definition des Politischen zu bemühen.<sup>13</sup>

Ein Beispiel: Patrice Dabrowski hat gezeigt, wie nationalpolnische Feste seit den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts dazu dienten, über die Grenzen der Teilungsgebiete hinweg eine gemeinsame nationale Symbolik zu etablieren und Józef Piłsudski oder Roman Dmowski schon vor dem Ersten Weltkrieg als nationale Führungsfiguren zu inszenieren.<sup>14</sup> Von Keely Stauter-Halsted oder Kai Struve lässt sich lernen, dass die Nationalisierung der galizischen Bauern nicht wie in einer Einbahnstraße vonstatten ging. Die polnischen wie die ruthenischen Bauern Galiziens waren nicht einfach die Adressaten nationaler Propagandisten im Übergang von Phase B zu Phase C, um mit Miroslav Hroch zu sprechen – vielmehr eigneten sie sich nationale Vorstellungen in ausgesprochen kreativer Weise an und bemächtigten sich ihrer für die Artikulation jeweils eigener Ziele und Vorstellungen.<sup>15</sup> Der Befund, dass die Idee der Nation als Integrationsideologie diente und dazu benutzt wurde, unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe zu propagieren, ist weder neu noch für Galizien spezifisch. Die kulturelle Dimension des Wandels von Bauern zu Polen, Litauern, Ukrainern, Weißrussen usw., dessen strukturelle Grundlagen Eugene Weber am französischen Beispiel so deutlich gemacht hat, ist hinlänglich untersucht.<sup>16</sup> Im östlichen Mitteleuropa orientierten sich solche nationalen Integrationsprozesse zu Beginn des 20. Jahrhunderts aber nur bedingt an bestehenden politischen Einheiten. Wie Timothy Snyder für die Gebiete der alten polnisch-litauischen Adelsrepublik oder, in deutlich kürzer zeitlicher und räumlicher Perspektive, Jeremy King für Budweis gezeigt haben, lassen sich die Nationalitätenprobleme als fortschreitendes Auseinandertreten der jeweiligen Bevölkerung entlang neu definierter nationaler Linien begreifen. Denn im östlichen Mitteleuropa konnte die Nation als politischer Handlungsraum eben nicht ohne weiteres an etablierte und eingängige Merkmale anknüpfen.<sup>17</sup> Vielmehr mussten diese Merkmale, am deutlichsten natürlich die Sprache, als konstitutives Element der Nation wie als zentrale Kategorie individueller politischer Selbstverortung selbst erst kulturell konstruiert und durchgesetzt werden. Die ethnische Vielfalt Ostmitteleuropas zu Beginn des 20. Jahrhunderts sollte also nicht einfach als ge-

13 B. Stollberg-Rilinger, Einleitung: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?, in: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? (wie Anm. 9), S. 14.

14 P. M. Dabrowski, *Commemorations and the Shaping of Modern Poland*, Bloomington, Indianapolis 2004.

15 K. Stauter-Halsted, *The Nation in the Village. The Genesis of Peasant National Identity in Austrian Poland, 1848–1914*, Ithaca/London 2001; K. Struve, *Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert*, Göttingen 2005 (Schriften des Simon-Dubnov-Instituts 4); M. Hroch, *Die Vorkämpfer der nationalen Bewegung bei den kleinen Völkern Europas. Eine vergleichende Analyse zur gesellschaftlichen Entwicklung der patriotischen Gruppen*, Prag 1968; Ders., *Das Europa der Nationen. Die moderne Nationsbildung im europäischen Vergleich*, Göttingen 2005 (Synthesen 2).

16 E. Weber, *Peasants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870–1914*, Stanford 1976.

17 T. Snyder, *The Reconstruction of Nations. Poland, Ukraine, Lithuania, Belarus, 1569–1999*, New Haven/London 2003; J. King, *Budweisers into Czechs and Germans. A Local History of Bohemian Politics, 1848–1948*, Princeton/Oxford 2002.

gebenes gesellschaftliches Strukturmerkmal und auch nicht allein als Ergebnis mehr oder weniger willkürlicher kultureller Konstruktionen, sondern als ein spezifisches Problem politischer und gesellschaftlicher Integration betrachtet werden.

Eng mit nationalen Konflikten verbunden ist das Erbe adelsständischer Verfassung, das wiederholt als lang angelegtes Strukturmerkmal Ostmitteleuropas benannt worden ist.<sup>18</sup> Denn es war ja gerade die adelsständische Offenheit für freiheitlich verfasste, selbstverwaltete politisch, rechtliche und konfessionelle Sondergruppen mit ihrer hohen kulturellen Integrationskraft nach innen und ihrer sorgsamem Abschottung nach außen, welche die ethnische Vielfalt des östlichen Mitteleuropas zwar nicht hervorgebracht, aber in der Frühen Neuzeit doch wesentlich geformt hat. An den Juden in Polen lässt sich dieser Zusammenhang gut beobachten, noch besser an der Sonderentwicklung in Siebenbürgen oder in Südungarn, und am besten am Adel selbst. Dass sich der Adel in den östlichen Gebieten Polens im Gegensatz zur litauischen, weißrussischen oder ruthenischen Bevölkerung als polnisch, in den Karpaten und in Siebenbürgen hingegen trotz offensichtlicher slowakischer und rumänischer Herkunft als ungarisch verstand, lässt sich unmittelbar aus der frühneuzeitlichen Sozialverfassung ableiten. Der böhmische Fall ist etwas komplizierter, fällt aber nicht grundsätzlich aus diesem Rahmen.<sup>19</sup>

Für ein Verständnis der konflikthafter Bezugsgrößen nationaler Staatlichkeit ist es hilfreich, sich diesen frühneuzeitlichen Ausgangspunkt der politischen Verfasstheit Ostmitteleuropas zu vergegenwärtigen und einen Blick auf die Entwicklungen des 19. Jahrhunderts zu werfen. An dessen Anfang stand der Versuch, die politischen Privilegien des Adels in eine konstitutionelle Ordnung zu überführen und die historischen Königreiche Ostmitteleuropas in zusehends ethnisierte Form als zentralen Bezugsrahmen der Nation zu erhalten. Diese Ansätze waren allerdings bereits 1790/91 ebenso gescheitert wie in den ersten Wochen der Revolution von 1848. Die politische Nation hatte sich unter konstitutionellen Bedingungen eben nicht mehr ohne weiteres als erweiterter Adel entwerfen lassen. Vielmehr brachte dieser Ansatz eine Reihe gegenläufiger nationaler Bewegungen hervor. Hieraus erwuchs eine dauerhafte und spannungsreiche Konkurrenz politischer und ethnischer Nationsentwürfe, die historische, territoriale und ethnische Kategorien auf unterschiedliche Weise miteinander verknüpften. Für den polnischen wie für den ungarischen Fall sind diese Zusammenhänge gut untersucht.<sup>20</sup> Auch für die

18 K. Zernack, *Osteuropa. Eine Einführung in seine Geschichte*, München 1977, S. 71-72; G. Schramm, *Polen – Böhmen – Ungarn: Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, in: *Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert*, hrsg. von J. Bahlcke, H.-J. Bömelburg und N. Kersken, Leipzig 1996, S. 13-38.

19 Eagle Glassheim, *Noble Nationalists. The Transformation of the Bohemian Aristocracy*, Cambridge, Mass./London 2005; T. Tönsmeier, *Der böhmische Adel zwischen Revolution und Reform, 1848–1918/21. Ein Forschungsbericht*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 32 (2006), 364-384.

20 Snyder, *The Reconstruction of Nations* (wie Anm. 17); A. Landgrebe, „Wenn es Polen nicht gäbe, dann müsste es erfunden werden“. Die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im europäischen Kontext. Wiesbaden 2003 (Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund 35); R. Gehrke, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalis-*

böhmischen Länder hat Peter Haslinger unlängst aufzeigen können, wie stark sich die in der Staatsrechtsidee verankerten tschechische Nationsvorstellungen auf das gesamte historische Territorium bezogen und dieser Anspruch auch diskursiv und symbolisch geltend gemacht wurde.<sup>21</sup>

Derartige Verschränkungen politischer und ethnischer Nationsvorstellungen lassen sich auch im übrigen Europa beobachten.<sup>22</sup> Aber nirgendwo sonst scheinen sie so sehr als Konkurrenz territorial unterschiedlich konzipierter Nationsentwürfe angelegt zu sein wie im östlichen Mitteleuropa. Und nirgendwo sonst war die Spannung zwischen politischen und ethnischen Nationsentwürfen so stark in fortschreitende nationale Assimilations- und Versäulungsprozesse eingewoben.<sup>23</sup> Der Übergang Preußens bzw. Deutschlands, der Habsburgermonarchie und schließlich auch des Zarenreichs in konstitutionelle Ordnungen hat diese Konkurrenz im Verlauf des 19. Jahrhunderts weiter verschärft, nicht zuletzt weil das positivistische Modell einer gleichsam organischen Integration liberal verfasster Gesellschaften erhebliche Assimilationsprozesse erwarten oder befürchten ließ. Insofern stellten auch diejenigen Prozesse, die bislang als sprachlich-kulturelle Assimilation an die jeweilige Mehrheitsgesellschaft bezeichnet werden, letztlich eine Spielart nationalkultureller Integration dar, aus denen sich die fortschreitende nationale Versäulung und Segmentierung speiste. Die Nationalitätenkonflikte im östlichen Mitteleuropa sind somit als Teil einer tief greifenden kulturellen Neuordnung im Verständnis von Gesellschaft und Politik zu verstehen, die auf konflikträchtige Weise bis in den privaten Lebensalltag zurückwirkte, sehr viel stärker wohl als irgendwo sonst in Europa. Für die Habsburgermonarchie hat Daniel Unowsky unlängst gezeigt, wie sich nationale Eliten selbst die monarchischen Inszenierungen des Kaiserhauses dienstbar machten und damit ein letztes Refugium übernationaler politischer Loyalitäten unterliefen.<sup>24</sup>

Die bisherigen Forschungsergebnisse zur kulturellen Konstitution des Politischen in Ostmitteleuropa zu Beginn des 20. Jahrhunderts lassen folglich massive Integrationsprobleme erkennen, die sich unmittelbar aus einem spezifischen Transformationsproblem

mus, Marburg 2001 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung 8); J. von Puttkamer, Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in Auseinandersetzung mit der ungarischen Staatsidee, 1867–1914, München 2003 (Südosteuropäische Arbeiten 115); P. Haslinger, Das Spannungsfeld zwischen Ethnikum, Nation und Territorium in ungarischsprachigen Monographien 1890–1919, in: *Südostdeutsches Archiv* 44/45 (2001/2002), S. 67–84; M. Cornwall, The Habsburg Monarchy, in: *What is a Nation? Europe 1789–1918*, hrsg. von T. Baycroft und M. Hewitson, Oxford, S. 171–191.

21 P. Haslinger, *Imagined Territories? Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs 1889–1938*. Habilitationsschrift Freiburg i. Br. 2004; Ders., *Staatsrecht oder Staatsgebiet? Böhmisches Staatsrecht, territoriale Denken und tschechisches Emanzipationsbestreben 1890–1914*, in: *Reiche und Territorien in Ostmitteleuropa. Historische Beziehungen und Herrschaftslegitimation*, hrsg. von D. Willoweit und H. Lemberg, München 2006 (Völker, Staaten und Kulturen in Ostmitteleuropa, 2), S. 345–358.

22 Siehe hierzu zuletzt den Sammelband: *What is a Nation? Europe 1789–1918*, hrsg. von T. Baycroft und M. Hewitson, Oxford 2006.

23 Zu nationalen Versäulungen und Segmentierungen siehe U. von Hirschhausen, *Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914*, Göttingen 2006 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 172).

24 D. Unowsky, *The Pomp and Politics of Patriotism. Imperial Celebrations in Habsburg Austria, 1848–1916*. West Lafayette 2005 (Central European Studies); King, *Budweisers into Czechs and Germans* (wie Anm. 17).

frühneuzeitlicher Adelsgesellschaften ableiten lassen. Denn die in der Habsburgermonarchie konservierten historischen Königreiche Böhmens und Ungarns waren eben nur teilweise als Bezugspunkt ethnischer Nationsentwürfe akzeptiert, und sie waren somit als territoriale Grundlagen politischer Ordnung umstritten – von den konkurrierenden Entwürfen eines zukünftigen polnischen Staates ganz zu schweigen.<sup>25</sup>

Entsprechend stellt sich auch der Diskussionsstand für die Zwischenkriegszeit dar. Nachdem der konflikträchtige Ausbau zum Nationalstaat in Ungarn schon seit 1867 eingeleitet worden war, stand die Etablierung nationaler Staatlichkeit mit dem Ende des Ersten Weltkriegs nunmehr auch in Polen und der Tschechoslowakei auf der Tagesordnung. Die vielfältigen Arbeiten von Stefan Troebst und seinen Mitarbeitern zu den kognitiven Entwürfen der Nation oder zu Staatssymbolik und Herrschaftszeichen im Ostmitteleuropa der Zwischenkriegszeit zeigen die Bemühungen, das neu gewonnene nationale Territorium diskursiv zu stabilisieren.<sup>26</sup> In Polen scheint dies trotz immer wieder formulierter Gebietsansprüche gen Westen wie gen Osten deutlich besser gelungen zu sein als in der territorial saturierten Tschechoslowakei. Die bereits erwähnte Habilitationsschrift von Peter Haslinger oder die Studie von Elisabeth Bakke zum slowakischen Autonomismus zeigen, dass die Idee eines gemeinsamen tschechisch-slowakischen Nationalstaats über die gesamte Zwischenkriegszeit hinweg ein reichlich prekäres Projekt blieb.<sup>27</sup> Eine entsprechende Studie, welche die Entwicklung territorialer Entwürfe im ungarischen Revisionismus kritisch ausleuchten würde, steht noch aus.<sup>28</sup> Jenseits der etablierten Fragen nach den innenpolitischen Selbstblockaden Ungarns wären hier die ambivalenten Ansätze eines Rückzugs von der territorialen Totalrevision auf die Orientierung an den ethnischen Grenzen ebenso zu untersuchen wie die Wirkungen des Selbstbildes als „Rumpf-Ungarn“, als beschädigter Nationalstaat, auf die Stabilität des Staates an sich.<sup>29</sup>

Das primäre Problem der nationalstaatlichen Ordnung Ostmitteleuropas nach dem Ersten Weltkrieg waren somit nicht die Minderheitenprobleme. Vielmehr standen die Nationalstaaten vor dem Problem, dass aus den divergenten Nationsentwürfen der Vor-

25 W. Benecke, Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik, Köln/Weimar/Wien (Beiträge zur Geschichte Ost-europas 29), S. 7-26.

26 S. Troebst, „Internarium“ und „Vermählung mit dem Meer“. Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 435-469; *Neue Staaten – neue Bilder? Visuelle Kultur im Dienst staatlicher Selbstdarstellung in Zentral- und Osteuropa seit 1918*, hrsg. von A. Bartetzky, M. Dmitrieva und S. Troebst, Köln/Weimar/Wien 2005 (*Visuelle Geschichtskultur* 1).

27 Haslinger, *Imagined Territories* (wie Anm. 21); E. Bakke, *Doomed to Failure? The Czechoslovak Nation Project and the Slovak Autonomist Reaction 1918–38*, Oslo 1999.

28 Erste Ansätze hierzu bieten M. Zeidler, *Trianon*, Budapest 2003; P. Haslinger, *Im Schatten von Trianon. Konstruktionsversuche eines nationalen Territoriums und einer nationalen Wir-Gruppe in der ungarischen politischen Publizistik 1919–1939*, in: *Bilder vom Eigenen und Fremden aus dem Donau-Balkan-Raum. Analysen literarischer und anderer Texte*, hrsg. von G. Schubert und W. Dahmen, München 2003 (*Südosteuropa-Studie* 71), S. 281-301.

29 A. Kovács-Bertrand, *Der ungarische Revisionismus nach dem Ersten Weltkrieg. Der publizistische Kampf gegen den Friedensvertrag von Trianon (1918–1931)*, München 1997 (*Südosteuropäische Arbeiten* 99); P. Haslinger, *Der ungarische Revisionismus und das Burgenland, 1922–1932*, Frankfurt a. M. 1994 (*Europäische Hochschulschriften* III 616).



kriegszeit nunmehr ein kohärentes nationalstaatliches Selbstbild entworfen, die Idee der Nation also in ein Konzept konkreter, territorial gebundener nationaler Staatlichkeit überführt werden musste. Dies gelang vor allem dort, wo der Nationalstaat mit einem konkreten und massenwirksamen nationalen Projekt verknüpft werden konnte. Hier wären vor allem die Ansätze einer weitreichenden politischen und sozialen Demokratisierung erneut in den Blick zu nehmen. Für die Tschechoslowakei lässt sich zeigen, wie sehr die Bodenreform von 1919 als erfolgreiches soziales Projekt inszeniert wurde. Denn der Erfolg der Reform bemisst sich nicht nur an der oft gestellten sozialgeschichtlichen Frage, wie viele Kleinbauern tatsächlich zusätzliches Land erhielten und in ihrer ökonomischen Existenz abgesichert wurden. Fast noch wichtiger war, dass der neu entstandene Nationalstaat von Anfang an mit einem konkreten Reformprojekt verknüpft werden konnte.<sup>30</sup>

Es liegt daher auf der Hand, dass mit der Bodenreform ein Versprechen an die Soldaten des Ersten Weltkriegs eingelöst wurde und diese somit – wie eingangs erwähnt – in den Kontext symbolischer Bewältigung von Kriegserfahrungen gehört. Zugleich verweist aber auch dieses Zentralprojekt der jungen Tschechoslowakischen Republik auf die spezifischen Transformationsprobleme ostmitteleuropäischer Adelsgesellschaften, nämlich auf extrem ungleiche Besitzverteilungen und ländliche Überbevölkerung bei allenfalls punktuell konzentrierter Industrialisierung. Die nationale Rhetorik aller ostmitteleuropäischen Bodenreformer lässt sich vor diesem Hintergrund als Strategie verstehen, die Bodenreformen semantisch mit dem Nationalstaat zu verknüpfen. Damit wird deutlich, auf welche Weise sich der Nationalismus der Zwischenkriegszeit gegenüber der Jahrhundertwende gewandelt hatte. Angesichts weit fortgeschrittener ethnonationaler Versäulungen stand jetzt nicht mehr so sehr die Integration ethnischer Vielfalt als die Bewältigung der sozialen Krisen im Vordergrund. Der Nationalismus der ostmitteleuropäischen Zwischenkriegszeit wurde vielmehr zu einer spezifischen Strategie der Bewältigung gravierender sozialer Integrationsprobleme. Der jeweilige Nationalstaat musste sich daran messen lassen, wie sehr er in der Lage war, diese Probleme zu lösen. Hier wiederum war die Tschechoslowakei erfolgreicher als ihre unmittelbaren Nachbarn.

Wo die politische und soziale Demokratisierung stecken blieb, entstand eine Leerstelle, die es zu verbergen galt. In diesem Sinne lässt sich der jüngst in all seinen Facetten untersuchte Piłsudski-Mythos, der sich letztlich in der Personalisierung des polnischen Staatsgedankens erschöpfte, gerade in seiner diffusen Inhaltsleere auch als Beleg für den schleichenden Verlust einer nationalen Aufgabe jenseits der kaum zu einem nationalen Projekt konkretisierbaren „Sanacja“ verstehen.<sup>31</sup> Hier offenbarte sich, wie prekär und wie wenig selbstverständlich die konkreten Formen nationaler Staatlichkeit in der Zwi-

30 J. von Puttkamer, Die tschechoslowakische Bodenreform von 1919. Soziale Umgestaltung als Fundament der Republik, in: *Bohemia* 46 (2005), S. 315-342.

31 H. Hein, Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat 1926–1939, Marburg 2002 (Materialien und Studien zur Ostmitteleuropa-Forschung, 9). Zu Politik der „Sanacja“ (wörtlich: Sanierung) als moralischer Gesundung Polens unter einer gelenkten Demokratie siehe Joseph Rothschild *Piłsudski's Coup d'Etat*, New York/London 1966.

schenkriegszeit waren. Ob und wie weit lokale Staatlichkeit in den 1920er und 1930er Jahren auf handlungsfähige Strukturen vor Ort gegründet war und sich nicht weitgehend in erneuerten, nationalen Formen der repräsentativen Inszenierung von Herrschaft erschöpfte, ist eine Frage, die für manche Gebiete des östlichen Mitteleuropas noch nicht beantwortet ist – von weiter östlich und südöstlich gelegenen Regionen ganz zu schweigen.

Inwieweit lassen sich diese Linien auch in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts ziehen? Der Zweite Weltkrieg mit dem millionenfachen Morden, der weitgehenden Zerstörung gesellschaftlicher Strukturen und den nachfolgenden Vertreibungen sowie die anschließende Etablierung kommunistischer Regime ist unbestreitbar ein tiefer Bruch in der Geschichte Ostmitteleuropas. Diesem Bruch muss jeder Versuch einer kohärenten Darstellung der Geschichte Ostmitteleuropas ebenso Rechnung tragen wie die Ansätze, eine europäische Nachkriegsgeschichte zu schreiben. Tony Judt, der diesen Versuch unternommen hat, verweist auf eine massive Erosion staatlicher Strukturen in Ostmitteleuropa, auf die Zerstörung des Vertrauens in die gestaltende Kraft des Rechts, in die Sicherheit privaten Eigentums und in die moralische Integrität staatlicher Akteure. Die Ansätze demokratischer Restitution in den Jahren 1944/45–1947/48 konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Rückkehr zur Vorkriegsordnung angesichts der Zerstörungen zwar im Westen, nicht aber im Osten Europas möglich gewesen sei. Hier habe sich vielmehr ein gerüttelt Maß an Zynismus gegenüber dem Staat als politischer Grundton etabliert.<sup>32</sup> Judt ist sicher nicht der erste, der diese Beobachtung artikuliert. Belastbare empirische Forschungen zu diesem Komplex stellen bislang jedoch noch ein Forschungsdesiderat dar, das gerade an eine Kulturgeschichte des Politischen gerichtet ist. Wenn aber schon die Staaten der Zwischenkriegszeit nur locker diskursiv verankert waren, so lässt sich beim jetzigen Kenntnisstand getrost die These formulieren, dass die Instabilität staatlicher Strukturen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst eher noch deutlicher hervortrat.

In eine ähnliche Richtung weisen jüngere Studien zur Propaganda der kommunistischen Regime. Bradley Abrams und Martin Mevius haben unlängst gezeigt, wie erfolgreich sich tschechoslowakische und ungarische Kommunisten in den unmittelbaren Nachkriegsjahren nationaler Parolen bedienten, um die Alleinherrschaft zu erringen.<sup>33</sup> Ein solches Vorgehen lässt sich nicht nur als taktisches Mittel im politischen Machtkampf verstehen, sondern auch als Versuch, über den verstärkten Bezug auf die Nation die Schwäche staatlicher Strukturen zu kompensieren, zumal diese vor allem in Ungarn, aber auch in Polen in klarem Bruch mit den Vorkriegsverhältnissen neu konstituiert wurden.<sup>34</sup> Dieses Argument rückt auch die sozialistischen Führerkulte in eine andere Perspektive. Diese waren ja nicht nur ein billiger Abklatsch des sowjetischen Vorbilds im

32 T. Judt, *Postwar. A History of Europe since 1945*, New York 2005, S. 30–35.

33 B. Abrams, *The Struggle for the Soul of the Nation. Czech Culture and the Rise of Communism*, Lanham 2004; M. Mevius, *Agents of Moscow. The Hungarian Communist Party and the Origins of Socialist Patriotism 1941–1953*, Oxford 2005.

34 Á. von Klimó, *Ungarn seit 1945*, Göttingen 2006 (*Europäische Zeitgeschichte*, 2), S. 42–67.

Ringen um politische Legitimität, sondern sie erfüllten zugleich eine nochmals gesteigerte Integrationsaufgabe: für die innerhalb weniger Jahre von kleinen Verschwörerzirkeln zu Massenparteien herangewachsenen Staatsparteien ebenso wie für die Masse ländlicher Bevölkerung, die im Zuge der forcierten Industrialisierung in die Stadt wanderte und ein enormes Städtewachstum hervorbrachte.

Eine Reihe von Studien zur sozialistischen Propaganda im Ostmitteleuropa der Nachkriegszeit zeigt deren vielfältige Versuche, sich durch utopische Zukunftsverheißung und gegenwärtige Umerziehung zu legitimieren. Erneut und in potenziert Form bot der nunmehr sozialistische Nationalstaat den diskursiven Bezugspunkt eines umfassenden gesellschaftlichen Projekts.<sup>35</sup> Allerdings war auch der sozialistische Propagandastaat den selbst gestellten Aufgaben nur bedingt gewachsen. Jan Behrends hat am polnischen Beispiel argumentiert, dass sich die allgegenwärtige sowjetische Meistererzählung letztlich rasch selbst unterließ.<sup>36</sup> Die permanente Herrschaftsinszenierung repräsentativer Öffentlichkeit konnte die vielfältigen gesellschaftlichen Probleme und Fragmentierungen vielleicht übertünchen, aber nicht überbrücken – ganz davon zu schweigen, dass sich die Bindekraft des sozialistischen Projekts in Ostmitteleuropa spätestens mit dem sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei 1968 weitgehend erschöpft hatte.

Eine gewisse kulturelle Schwäche staatlicher Institutionen haben die Staaten Ostmitteleuropas also aus der Zwischenkriegszeit ebenso ererbt wie verschiedenliche Versuche, diese Schwäche über nationale Diskurse und Projekte zu kompensieren. Dennoch wäre es wohl absurd zu argumentieren, Ostmitteleuropa stehe heute noch vor denselben Strukturproblemen der Transformation multiethnischer Adelsgesellschaften, wie dies bis 1938 der Fall war. Geblieben ist allerdings ein hoher Stellenwert freiheitlicher Topoi in politischen Diskursen, die sich wie in Ungarn 1956, in Polen 1980/81 oder in der Mitteleuropadebatte seit Mitte der 1980er Jahre offensiv auf nationale Freiheitstraditionen beriefen und damit die Tradition ständischer Libertas zu vereinnahmen versuchten. Ähnliches ließe sich auch für die tiefe Skepsis ostmitteleuropäischer Dissidenten wie Václav Havel oder György Konrád gegenüber den Formen moderner Staatlichkeit feststellen, die in dem Postulat moralischer Emanzipation des Individuums und mit ihm der Gesellschaft von der Unterwerfung unter die Verfasstheit der Industrie- und Konsumgesellschaften des späten 20. Jahrhunderts zum Ausdruck kommt.<sup>37</sup> Diese Topoi von nationaler Freiheit und Zivilgesellschaft sind eher ein Nachhall älterer regionaler Strukturmerkmale, als dass sie selbst ein solches Strukturmerkmal darstellen würden.

35 The Leader Cult in Communist Dictatorships. Stalin and the Eastern Bloc, hrsg. von B. Apor, J. Behrends, P. Jones und E. A. Rees, Houndmills 2004; Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs, hrsg. von J. Behrends, G. Rittersporn und M. Rolf, Frankfurt a. M. 2003.

36 J. Behrends, Die erfundene Freundschaft. Propaganda für die Sowjetunion in Polen und der DDR 1944–1957, Köln/Weimar 2005 (Zeithistorische Studien 32).

37 V. Havel, Versuch, in der Wahrheit zu leben, Reinbek bei Hamburg 1980; G. Konrád, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt a. M. 1985; B. Falk, The Dilemmas of Dissidence in East-Central Europe. Citizen Intellectuals and Philosopher Kings, Budapest 2003.

Was lässt sich aus dieser *tour d'horizon* über Ansätze und Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen für Ostmitteleuropa im 20. Jahrhundert lernen? Der Ansatz, politische Machtverhältnisse, Entscheidungsprozesse und Institutionen über ihre Inszenierungen, über Sprache, Rituale, Zeremonien, Mythen, Metaphern, Herrschaftszeichen und Kommunikationsprozesse zu erschließen, führt mitnichten geradlinig in die Auflösung des Konzeptes Ostmitteleuropa zugunsten einzelner Ländergeschichten in ihrem europäischen Kontext. Vielmehr verweisen die entsprechenden Arbeiten mitunter versteckt, meist aber ganz offensichtlich auf zugrunde liegende gemeinsame und historisch ererbte Problemlagen, welche zwar nicht schon aus sich heraus eine Geschichtsregion Ostmitteleuropa konstituieren, aber für die hier betrachteten Länder über weite Strecken des 20. Jahrhunderts durchaus spezifisch sind. Insofern trägt die Erwartung, über einen kulturwissenschaftlichen Zugang zur politischen Geschichte einen völlig anderen Blick auf historische Räume gewinnen und eine andere Dimension historischer Entwicklungsprozesse jenseits der sozialgeschichtlichen deutlich machen zu können. Vielmehr lassen sich auf diese Weise die Eigenheiten der Region deutlicher konturieren, die in ihren spezifischen sozialgeschichtlichen Problemlagen verankert sind.

Mit Blick auf die Gefahr, in der Rekonstruktion von Diskursen die Wandelbarkeit politischer Ordnungen zu unterschätzen, hat Barbara Stollberg-Rilinger argumentiert, dass eine Kulturgeschichte des Politischen dazu aufgefordert sei, zwischen Struktur und Semantik zu vermitteln, indem sie die symbolische Dimension der Etablierung und Verfestigung von Ordnungen deutlich mache, zugleich aber offen für die Wahrnehmung von Umbrüchen bleibe.<sup>38</sup> Gerade in Ostmitteleuropa als einer Region, in der die institutionellen Rahmenbedingungen von Politik auf spezifische Weise instabil waren, bietet sich in dieser Hinsicht ein weites und fruchtbares Betätigungsfeld. Insofern spricht vieles dafür, dass sich eine Geschichte Ostmitteleuropas in europäischer Perspektive schreiben lässt, ohne darüber die Eigenheiten der Region aus den Augen zu verlieren. Wir sollten das Konzept Ostmitteleuropa also nicht leichtfertig verwerfen.